

Erlanger Rot

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Erlangen

DKP

DGB zum Antikriegstag

Gewerkschaften rufen dazu auf, „Abrüsten statt Aufrüsten“ zu unterschreiben



Der DGB fordert anlässlich des Antikriegstages die Bundesregierung auf, Schluss zu machen mit der Erhöhung des Rüstungsetats auf zwei Prozent. Die dafür vorgesehenen Mittel sollen für die sozial-ökologische Transformation, Alterssicherung, Pflege, sozialen Wohnungsbau, ein umfassendes Gesundheitssystem oder für die Modernisierung von Schulen und Kita-Neubauten investiert werden. Das sei zugleich die wirksamste Antwort auf die Spaltungs- und Ausgrenzungsparolen von Rechts-extremisten und Rechtspopulisten.

Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, „engagiert sich der DGB in der Friedensinitiative ‚Abrüsten statt Aufrüsten‘ und ruft auf, „den Aufruf zu unterschreiben und sich an den zahlreichen Aktionen der Initiative zu beteiligen“.

Gut, dass die DGB-Spitze sich gegen Krieg und die weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben ausspricht, zum Unterschreiben des Appells und zur Beteiligung an Friedensaktionen aufruft.

Noch besser wäre freilich eine aktivere Mobilisierung auch für eigene Friedensaktionen

Weiter auf Seite 2

Was steht noch in diesem Erlanger Rot?

Verteidigung der Demokratie Seite 4

Siemens Campus - Bekenntnisse der Hochstapler Seite 6

Hupfla - Moratorium statt Abriss Seite 3

Teutsche Rächzschreipung Seite 5

Online Extra: Straßbourg - Kundus Seite 8

der Gewerkschaften, einen tatsächlichen Aufruf, nicht nur eine unzureichende „Erklärung“ der Kriegsursachen.

„Nie wieder Krieg!“ so die Überschrift.

„Stoppt den Krieg“, muss es tatsächlich heißen, denn wir leben mitten im Krieg. In Deutschland spüren wir ihn nicht direkt. Indirekt aber schon: Durch die 11 Prozent des Bundeshaushalts, die für die Auslandseinsätze der Bundeswehr auf drei Kontinenten und in den Rüstungsetat fließen und für Soziales fehlen.

Indirekt spüren wir ihn, weil flüchtende und vor Krieg geflohene Menschen bei uns um Obdach, Hilfe und Arbeit nachsuchen. Deutlich, weil das Klima zugrunde gerichtet wird, massiv durch Waffenproduktion hier und Anwendung der Waffen an den Kriegsorten. Indirekt auch, weil bei uns und überall Atomwaffen lagern und die Regierung sich weigert, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen.

Indirekt, weil die sich zuspitzenden Handelskriege im Kapitalismus und die daraus folgenden politischen Spannungen zwischen den Staaten, die Konfrontationspolitik gegenüber Russland uns Sorge bereiten vor Stellvertreterkriegen, besonders auch vor dem Beginn eines großen Krieges.

„Nie wieder Faschismus,“ heißt es im Aufruf. Das Land jedoch ist voll faschistoider Tendenzen, rechtsradikaler Morde, Überfälle, Aufmärsche und Hetze. „Nie wieder“ ist längst vorbei. „Sofortiger Stopp“ ist notwendig. Dazu gehört die Forderung, dass die Behörden gegen rechtsextreme Netzwerke konsequent ermitteln, sie verfolgen und zerschlagen, wie DGB-Chef Reiner Hoffmann früher forderte. Und wer war „Nazi-Deutschland“, wie es im Aufruf heißt, das unermessliches Leid über die Welt gebracht hat?

Waren es nicht Industrielle, Bankiers und Großagrarien, die die NSDAP mit Hitler an der Spitze an die Macht brachten, damit diese für sie den zweiten Anlauf zur Weltherrschaft organisierten, ganz im Sinne kapitalistischer Profitgier?

Und wie sieht es heute aus? Die Ächtung der Profite von Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall steht ebenso aus der Tagesordnung wie die Forderung nach Konversionsprogrammen für die Beschäftigten.

Es gibt Kreisverbände des DGB, die realistischer, exakter, auf Höhe der Zeit, erklären und fordern: Ursachen und Triebkräfte von Krieg und Faschismus deutlich machen.

Was lehrt uns die Geschichte?

Keine Militäreinsätze zur Durchsetzung von Wirtschafts- und Machtinteressen, Stopp der Rüstungsexporte.

Die große Mehrheit der Menschen will Frieden. Er muss errungen und verteidigt werden gegen die kleine Anzahl von Rüstungsgewinnlern, Kriegstreibern und Machtpolitikern.

Wir demonstrieren gegen den Wahnsinn dieser Aufrüstungspolitik in unserem Land und gegen die unverantwortlichen Ausgaben für immer neue Vernichtungstechnologien.

Wir schaffen Öffentlichkeit mit Kundgebungen vor den Büros der Parteien der großen Koalition, diese tragen Mitverantwortung für die aktuellen Waffenexporte.



Lasst uns mit solchen DGB-Parolen die Kundgebungen des Antikriegstags bereichern – auch mit der Analyse von Jean Jaurès:

Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen.



Hupfla - Moratorium statt Abriss



Erlangen: Der Kampf um einen würdigen und respektvollen Gedenkort der Euthanasie geht weiter. Das letzte große authentische Gebäude der früheren Heil- und Pflegeanstalt (HuPfla) muß stehen bleiben.

Es ist viel in Bewegung in Sachen Schaffung eines Gedenkortes für ca. 2500 Euthanasieopfer in der NS-Zeit in Erlangen. Im Juli fand die Einweihung eines temporären Denkmals für die Opfer der Krankenmorde statt, die von den ökumenischen Innenstadtgemeinden initiiert worden war. Ein Altdialog, der mit großer Beteiligung der Bürgerschaft und beeindruckenden Referaten die würdige und gelungene Gedenkortgestaltung für Euthanasieopfer anderswo aufzeigt, sowie der Start für ein Rahmenkonzept für einen Gedenkort durch wissenschaftliche Mitarbeiter der Gedenkstätte Flossenbürg. Dies und noch mehr, nicht zu vergessen inzwischen 2600 Unterschriften von Erlanger Bürgern für den Erhalt der HuPfla.

Die klare Aufforderung eines Briefes der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, den „Kopfbau“, also das letzte große authentische Gebäude der ehemaligen HuPfla aus Gründen des Denkmalschutzes stehen zu lassen, erfordert eine öffentliche Reaktion der Stadtpitze. - Diese bleibt allerdings bislang aus, ebenso übrigens wie zu anderen Vorschlägen aus der Bürgerschaft.

So gibt es vom Aktionsbündnis „Gedenken gestalten – HuPfla erhalten“ seit einigen Wochen eine Forderung an den Stadtrat, ein Moratorium statt dem Abriss der HuPfla zu schaffen. – Eben um Zeit für die Diskussion zu einem würdigen und angemessenen Gedenkort zu ermöglichen, und auch unterbreitete Vorschläge für ein Dokumentationszentrum für die Euthanasieopfer öffentlich diskutieren zu können.

Das Ausbleiben der Reaktionen des Stadtrates auf die Vorschläge und Forderungen ist natürlich auch eine Antwort. Nach wie vor wird die „Angelegenheit HuPfla“ leider nur im stillen Kämmerlein besprochen, in einem sogenannten Beirat von Lobbyisten und städt. Beschäftigten.

- Im Grunde ist jedoch längst eine andere Phase erreicht, der nicht Rechnung getragen wird: die des notwendigen offenen Dialogs mit der Erlanger Bürgerschaft, mit den Denkmalschützern, mit dem Aktionsbündnis „Gedenken gestalten – HuPfla erhalten“, mit dem Heimat- und Geschichtsverein, mit Architekten, Museumswissenschaftlern und anderen.

Notwendig ist jetzt ein runder Tisch!

Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen in Deutschland rufen auf zur Verteidigung der Demokratie



Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischer Gewalt nehmen als Orte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit einer verbrecherischen Vergangenheit eine wichtige Bildungsaufgabe für die Gegenwart wahr. Ihre Arbeit folgt der aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus gewonnenen Verpflichtung unserer Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (Art.1 GG).

Lernen aus der Geschichte der NS-Verbrechen heißt auch Warnzeichen rechtzeitig zu erkennen, wenn eine nachhaltige Schwächung unserer offenen Gesellschaft droht. Wir wissen aus der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, dass Demokratien mit Standards wie dem Grundgesetz, den europäisch und international verankerten Menschenrechten, Minderheitenschutz, Gleichheit aller Menschen vor dem Recht, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung mühsam erkämpft wurden und fort-dauernd geschützt und ausgestaltet werden müssen.

Immer offener etablieren sich in der Gesellschaft Haltungen, Meinungen und Sprechgewohnheiten, die eine Abkehr von den grundlegenden Lehren aus der NS-Vergangenheit befürchten lassen. Wir stellen mit Sorge fest:

- ein Erstarren rechtspopulistischer und autoritär-nationalistischer Bewegungen und Parteien,

- eine verbreitete Abwehr gegenüber Menschen in Not sowie die Infragestellung und Aufweichung des Rechts auf Asyl,

- Angriffe auf Grund- und Menschenrechte,
- die Zunahme von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit,

- eine damit einhergehende Abwertung von Demokratie und Vielfalt.

Hinzu kommt ein öffentlich artikulierter Geschichtsrevisionismus, der die Bedeutung des Erinnerns an die Verbrechen des Nationalsozialismus als grundlegende Orientierung der deutschen Gesellschaft in der Gegenwart angreift und durch ein nationalistisches Selbstbild ersetzen möchte.

Diesen aktuellen Entwicklungen treten wir mit unserer täglichen Arbeit in der historisch-politischen Bildung entgegen. Aber sie erfordern darüber hinaus politisches und bürgerschaftliches Handeln. Wir appellieren daher an die Akteure in Politik und Gesellschaft, das Wissen um die historischen Erfahrungen mit ausgrenzenden Gesellschaften wie dem Nationalsozialismus für die Gegenwart zu bewahren und sich für die Verteidigung der universellen Grund- und Menschenrechte einzusetzen.

Verabschiedet von der 7. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz am 13.12.2018

Teutsche Rechtschreibung



Irgendwo in der Nähe vom blauen Hochhaus (Siemens)

Liebe Hodelpesitzer,

Wir sind kar nichd krantik.

Eure DeGaBe

...und weiterhin tief empfundenes Beileid Allen, die in Erlangen eine bezahlbare Wohnung suchen.



Die kleine Schar der Trauergäste am „Sonntag in der kleinen Stadt“

Siemens Campus Erlangen

Bekanntnisse der Hochstapler



Erinnern Sie sich noch an das Jahr 2014? Die Siemens AG überraschte Stadt und Land mit einem Neubauprojekt am Konzernstandort Erlangen Süd. 500 Millionen Euro schwer waren die Pläne, und eine Jury aus wohlmeinenden Expert*innen nervte uns monatelang mit Auftritten im Rahmen des Architektenwettbewerbs. Große Töne waren angesagt auch von Unternehmensseite. „Der Siemens Campus Erlangen steht für das langfristige und klare Bekenntnis von Siemens zum Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Erlangen“, ließ das Management wissen, und der frisch gekürte Oberbürgermeister währte sich im siebten Himmel der Stadtentwicklung.

Fünf Jahre später ist von den ursprünglichen Plänen nicht mehr viel zu erkennen. Eine Bauplanänderung jagte die nächste, Gebäude und Ausstattung, Nutzungsmöglichkeiten, ja ganze Bauabschnitte wurden mehrfach geändert, nun wechselt in einem relevanten Abschnitt möglicherweise sogar der Eigentümer und damit Bauherr. Mit jedem Jahr wurde das im Süden der Stadt absehbare (und

geplante!) Verkehrschaos größer. Und zu guter Letzt setzte der Vorstand der Siemens AG Zehntausende Beschäftigte vor die Tür, die sich heute in der Healthineers AG, der Mobility GmbH, und bald auch in einer „Power House GmbH“ wiederfinden. Die „langfristigen Bekenntnisse“ hatten ziemlich kurze Beine.

Die Erlanger*innen, besonders die in unmittelbarer Nachbarschaft, entwickelten ihre eigene Meinung zu den Hochglanzprospekten des Campus.

„Langweilige Fassaden“ und „hässliche Gebäude“ urteilten manche anfangs und murrten in Bürgerversammlungen. Da ahnte noch niemand, dass die standardisierten Bürogebäude für die vielfältigen Nutzungsanforderungen eines Industriebetriebs nur sehr eingeschränkt taugen. Labore, Testflächen und Lager waren erst gar nicht eingeplant. In den „modern workspaces“ Rücken an Rücken in die Büroeinrichtung gepfercht werden bald verzweifelte Beschäftigte nach einem LAN-Anschluss für ihr mobiles Endgerät suchen. Und warum musste eigentlich die Betriebs-KiTa von Areva abgerissen werden? Die in der Campus-

Weiter auf Seite 7

DKP
WWW.KOMMUNISTEN.DE



Planung vorgesehene Belegung der Erdgeschosse mit Friseurstuben, Imbissbuden und anderem Einzelhandel ist für „modernes Arbeiten“ nicht halb so notwendig wie Kinderbetreuung, Testflächen und Laborräume.

Im Jahr 2017 tauchte dann plötzlich der Plan auf, den an die Südkreuzung angrenzenden Betriebsteil an die Friedrich-Alexander-Universität zu verkaufen. Die Folgen wären erhebliche Neuplanungen, da die dort ursprünglich vorgesehenen Wohnungen nicht realisiert würden. Bis heute gibt es zwar von der Bayerischen Staatsregierung noch keine Bestätigung des Ankaufs, Vertreter der Stadt Erlangen machten aber im vergangenen Jahr in einer Bürgerfragestunde auf die Konsequenzen aufmerksam: „Vor dem Hintergrund der aktuellen Überlegungen zur Erweiterung der technischen Fakultät auf dem Siemens Campus wurde für diesen Standort kein Wohnungsneubau angenommen.“

Was Betriebsrät*innen in diesem Zusammenhang mehr und mehr Sorgen bereitet, ist die Verkehrssituation.

Wird es zu einer Erweiterung der Technischen Fakultät auf dem Campus-Gelände kommen, steigen unweigerlich die Pendlerzahlen, und es verschärft sich die ohnehin schon angespannte Lage auf den Zufahrtsstraßen.

Die Siemens AG wäre gefordert, das ursprüngliche Verkehrsgutachten aus dem Jahr 2014 zu aktualisieren, oder will man weiter im planerischen Zick-Zack-Kurs in den Verkehrskollaps steuern?

Fazit: weniger Arbeitsplätze, schlechtere Arbeitsbedingungen, weniger Wohnungen, erhöhtes Verkehrsaufkommen – die Pläne für den Siemens Campus verwandeln sich vor unseren Augen in Bekenntnisse von Hochstaplern. Gegen das planerische Chaos einer von Profit getriebenen Unternehmenspolitik sollten sich Beschäftigte, Mieter*innen und Klimaschützer am besten gemeinsam wehren – und zwar bald!



err redaktion

Gerichtshof für Menschenrechte befasst sich mit Luftangriff von Kundus



Online Extra
28.08.2019, 19:23:58 / Ausland

Gerichtshof für Menschenrechte befasst sich mit Luftangriff von Kundus

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

Strasbourg. Zehn Jahre nach dem vom deutschen Oberst Georg Klein veranlassten Nato-Luftangriff im afghanischen Kundus mit rund hundert Toten befasst sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strasbourg mit der Klage eines Afghanen gegen die Bundesrepublik Deutschland. Die Große Kammer prüfe die Klage, sagte ein EGMR-Sprecher auf einem Bericht der Nachrichtenagentur AFP vom Mittwoch. Die öffentliche Verhandlung soll demnach im ersten Quartal des Jahres 2020 stattfinden. Kläger ist Abdul Hanan, dessen Söhne im Alter von acht und zwölf Jahren bei dem Luftangriff am 4. September 2009 getötet worden waren. Hanan und weitere Hinterbliebene waren zuvor mit Entschädigungsklagen vor deutschen Gerichten gescheitert.

Der Luftangriff war nach anfänglichen Beschwichtigungsversuchen der Bundesregierung in eine Regierungskrise gemündet. Der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) hatte den Angriff zunächst gerechtfertigt. Ende November 2009 trat er nach dem Vorwurf der Vertuschung von brisanten Informationen zu dem Angriff von seinem neuen Amt als Arbeitsminister zurück.

Das nächtliche Bombardement hatte der damalige Bundeswehr-Oberst Klein als Kommandeur in Kundus veranlasst. Hintergrund war die Kaperung zweier Tanklaster durch Taliban-Kämpfer nahe dem deutschen Feldlager in Kundus. Klein wertete die Tanklaster als mögliche rollende Bomben gegen das Feldlager. Auf Anforderung der Bundeswehr griffen US-Kampfflugzeuge die Tanklaster an. Verschiedenen Angaben zufolge wurden bei dem Luftangriff 14 bis 142 Menschen getötet, darunter 14 bis 113 Zivilisten. Die Bundeswehr gab die Zahl der Opfer mit 91 Toten und elf Verletzten an.

Der EGMR betonte, dass die genaue Zahl der Todesopfer durch den Luftangriff nicht bekannt sei. Die Bundesanwaltschaft hatte die Ermittlungen gegen Klein im Jahr 2010 eingestellt. 2015 billigte das Bundesverfassungsgericht diese Entscheidung. Seiner Karriere hat der verheerende Luftangriff nicht geschadet. Ende März 2013 wurde Klein zum Brigadegeneral befördert. (AFP/jW)

 **DKP** - Erlangen
Die trifft sich regelmäßig vierzehntägig.

Unsere Adressen:
info@dgp-erlangen.de
www.dgp-erlangen.de

DAS ORIGINAL: DER ROTE KANAL AUF YOUTUBE
 **KOMMUNISTEN.TV**

Wichtige Adressen

Erlanger Sozialforum
www.erlanger-sozialforum.de

Erlanger Bündnis
für den Frieden
www.frieden-erlangen.de

Friedenspolitischer Ratschlag
Kassel
www.uni-kassel.de/fb5/frieden/Welcome.html

 **KOSTENLOS TESTEN!**
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

